

Holger Lengfeld

***Abstiegsangst in Deutschland auf
historischem Tiefstand***
***Ergebnisse der Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels
1991-2016***

Version 21.8.2017

Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig

Die Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie erscheinen in unregelmäßiger Reihenfolge. Bisher erschienene Berichte können unter folgender Adresse angefordert werden. Eine Liste der bisher erschienenen Berichte findet sich am Ende jedes Arbeitsberichts und im Internet unter unten angegebener Adresse. Dort ist auch ein Großteil der Arbeitsberichte direkt online verfügbar. Für die Inhalte sind allein die jeweiligen Autoren verantwortlich.

*Redaktion: Dr. Ivar Krumpal
Kontakt Institut für Soziologie
Universität Leipzig
Beethovenstr. 15
04107 Leipzig
Tel +49 (0) 341 9735 693 (Ivar Krumpal)
640 (Sekretariat Fr. Müller)
Fax +49 (0) 341 9735 669
Email: krumpal@sozio.uni-leipzig.de
<http://sozweb.sozphil.uni-leipzig.de/de/institut/arbeitsberichte.html>*

Ergebnisse auf einen Blick

- Abstiegsangst der Deutschen so gering wie seit der Wiedervereinigung: Nur knapp ein Drittel der Deutschen sorgt sich vor dem Abstieg – für Westdeutschland der zweitniedrigste Wert seit Beginn der Messungen 1984.
- Maßgeblich für die jüngste Entwicklung ist der stärkere Rückgang der Sorgen in Ostdeutschland. Dort ist das Niveau der Sorgen nach wie vor etwas höher als im Westen. Aber im Osten war der Rückgang in den letzten zehn Jahren größer als im Westen.
- Nach jahrelangem Anstieg war die Abstiegsangst bereits seit Mitte der 2000er Jahre rückläufig. Besonders stark war der Rückgang nach der kurzen Rezession 2009-2010 sowie im Jahr 2016. Angenommen wird, dass neben der guten ökonomischen Entwicklung die Erwerbstätigen sich zunehmend besser mit den neuen Unsicherheiten arrangiert haben und lernen, diese zu bewältigen („Coping“).
- Der Rückgang der Abstiegsangst betraf Frauen und Männer, verschiedene Altersgruppen und soziale Schichten in nahezu gleicher Weise. Dies zeigt: Das mentale Sicherheitsgefühl nahm, trotz objektiv weiter existierender Erwerbsrisiken und Ungleichheiten, bei allen Erwerbstätigen zu.
- Im Blick auf die Bundestagswahl unterstützen die Ergebnisse die Vermutung, dass es aufgrund der geringen Verunsicherung der Bevölkerung wahrscheinlich keine starke Wechselstimmung zur Abwahl der derzeitigen Koalition aus wirtschaftlichen Gründen gibt.
- Basis der Analysen sind Umfragedaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für die Jahre 1991 bis 2016 mit Angaben von über 40.000 Erwerbstätigen.

Vor der Bundestagswahl: Abstiegsangst in Deutschland¹

Seit Jahren wird in Politik, Medien und Wissenschaft über die Angst vor dem sozialen Abstieg debattiert. Anlass hierfür waren Berichte, die seit Mitte der 2000er Jahre wonach insbesondere die Mittelschicht zunehmend von Arbeitslosigkeit bedroht sei, ihre Jobs seien durch Befristung oder unfreiwillige Teilzeit unsicher geworden und das Einkommen würde immer weniger zur Finanzierung einer Familie ausreichen. Wissenschaftliche Studien untermauerten diese Diagnose. Sie machten hierfür unter anderem die Zunahme von weltweiter Konkurrenz durch die Globalisierung verantwortlich (Blossfeld et al. 2007; Bude 2008; Kraemer 2008; Mau 2012). Die Erwerbstätigen hatten unter anderem aufgrund des Rückgangs von Normalarbeitsverhältnissen zunehmend Schwierigkeiten, ihr Leben, d.h. Karriere und Familie, langfristig zu planen (Schimank 2015). Hinzu kam, dass die „Hartz“-Reformen des Sozialstaats Statusabstiege bei Arbeitslosigkeit und Verrentung wahrscheinlicher haben werden lassen (Erlinghagen 2010). In der Folge nahmen Abstiege aus der Mitte in untere Schichten zu, und die Mitte der Gesellschaft schrumpfte (Grabka/Frick et al. 2016). Zahlreiche Studien zeigten, dass diejenigen, die nicht abgestiegen sind, sich zunehmend vor Verlust des sozialen Status fürchteten (Bude 2008; Burkhardt et al. 2013; Burzan et al. 2014; Lengfeld/Hirschle 2009).

Seit dem Beginn der Debatte um die Abstiegsangst in Deutschland sind nun mehr als zehn Jahre vergangen. Seit Mitte der 2000er Jahre, dem Beginn der Debatte, haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse aber verändert. In diesem Forschungsbericht untersuchen wir, wie sich die Angst vor dem Abstieg langfristig, über 25 Jahre hinweg entwickelt hat. Dazu verwenden wir lange Datenreihen von der Wiedervereinigung 1991 bis zum Jahr 2016. Besonders gehen wir auf die letzten Jahre seit 2010, dem Ende der letzten Wirtschaftskrise, ein. Hierzu liegen, besonders für 2015 und 2016, bislang keine aktuellen Studien vor. Abschließend interpretiere ich die Ergebnisse im Lichte der bevorstehenden Bundestagswahl 2017. Ich gehe von der klassischen These aus, dass die Abwahl einer amtierenden Regierung umso eher stattfindet, je unzufriedener die Bürgerinnen und Bürger mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre sind. Wenn sie die amtierende Regierung für diese negativ bewertete Entwicklung verantwortlich machen, so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass oppositionelle Parteien an Wählerstimmen gewinnen. In diesem Fall würden neue rechnerische Konstellationen für Koalitionen jenseits der derzeitigen großen Koalition wahrscheinlicher werden. Denn je verunsicherter die Bürger also sind, desto eher würden sie Parteien wählen, die sich für mehr

¹ Ich danke Jessica Ordemann (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, vormals Universität Leipzig) vielmals für die Durchführung der Berechnungen. Clara Dilger (Universität Leipzig) hat die redaktionelle Bearbeitung dieses Berichts zuverlässig durchgeführt. Die inhaltliche Verantwortung liegt allein beim Autor.

soziale Sicherheit, für die Rücknahme der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und für mehr Umverteilung von oben nach unten aussprechen.

Basis für die Berechnungen sind die Umfragedaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für Forschungszwecke bereitstellt. Jährlich werden dabei in deutschen Haushalten lebende Personen zu wirtschaftlichen und sozialen Themen befragt (Wagner et al. 2007). Das Besondere am SOEP ist die wiederholte Befragung von denselben Personen über einen längeren Zeitraum (Panel). Damit ist es möglich, Lebens- und Erwerbsverläufe der Deutschen so präzise wie möglich zu analysieren. Wir verwenden Daten der Jahre 1991 bis 2015 sowie zusätzlich neueste Daten, die im Herbst 2016 im Auftrag des DIW erhoben wurden, aber dem Stammdatensatz des SOEP noch nicht zugespielt wurden.² Es wurden Angaben von maximal 40.583 Personen analysiert, für die 269.616 Beobachtungen vorliegen.

Die Entwicklung der Abstiegsangst bei Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland

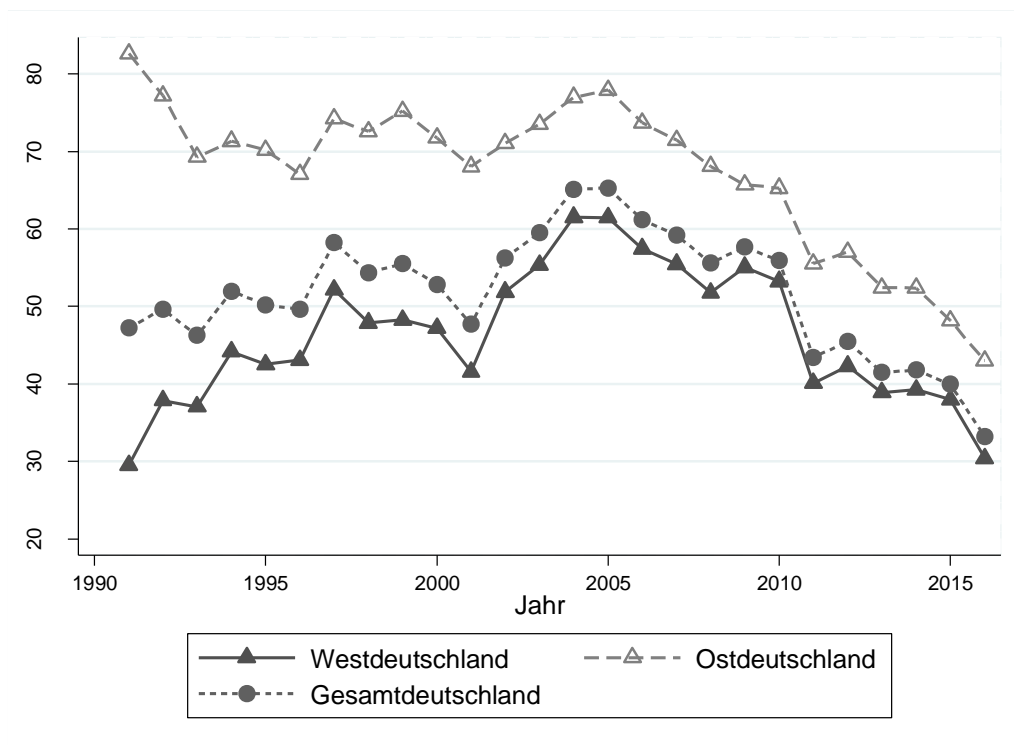
Abbildung 1 zeigt den Verlauf der Abstiegsangst in Gesamtdeutschland und separat für Ost- und Westdeutschland für alle Erwerbstätigen (abhängig und selbstständig Beschäftigte). In Gesamtdeutschland ist der Anteil der Menschen, die sich vor Verlust des Arbeitsplatzes, dem wichtigsten Indikator für Abstiegsangst (siehe Kasten) sorgen, von Beginn des Beobachtungszeitraums 1991 bis Mitte der 2000er Jahre fast stetig angestiegen. Als Gründe hierfür kann man die eingangs beschriebene Zunahme an weltweiter Konkurrenz und in der Folge der Anstieg des Kostendrucks in deutschen Unternehmen, der Rückgang von manuellen Tätigkeiten mit einfachen Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten, die Zunahme flexibler Arbeitsverhältnisse (befristete Verträge, Teilzeit, Zeitarbeit und Minijobs; Lengfeld/Kleiner 2009) sowie die Reformen in der sozialen Sicherung („Hartz-Gesetze“; Erlinghagen 2010) annehmen. Seit 2006 jedoch hat sich die Zahl der Erwerbstätigen, die sich vor Abstieg sorgen, nahezu halbiert. Bis 2016, dem letzten möglichen Beobachtungsjahr (Daten für 2017 werden erst noch erhoben), ist ihr Anteil von 64 Prozent auf etwas über 33 Prozent gesunken. Damit hat die Abstiegsangst den niedrigsten Wert seit Beginn der Beobachtungen erreicht.

Bemerkenswert ist, dass dieser starke Rückgang seit Mitte der 2000er Jahre zu einem Teil auf die Entwicklung in Ostdeutschland zurückgeht. Mit der Währungsunion zum 1. Juli 1990 begann auf dem Gebiet der damaligen DDR ein historischer Prozess der Deindustrialisierung

² Alle Angaben sind mit dem vom SOEP generierten sozioökonomischen jahresbezogenen Korrekturvariablen gewichtet (Daten für 2016 wurden mit dem Gewicht für 2015 korrigiert).

und damit eine massive Freisetzung von Arbeitskräften aus den Kombinat- und Produktionsgenossenschaften. Die gleichzeitige Einführung eines neuen marktwirtschaftlichen Systems sowie die Erfahrung der neuen, diesem System immanenten Risiken haben dazu geführt, dass mehr als 80 Prozent der Ostdeutschen sich 1991 vor Abstieg sorgten. Bis Mitte der 1990er Jahre nahm deren Anteil an allen Erwerbstätigen in Ostdeutschland aber stark ab, und der jährliche Verlauf der Sorgen passte sich, auf höherem Niveau, dem in Westdeutschland an. Auch seit 2010 gingen die Sorgen im Ostteil des Landes jedoch stärker als im Westteil zurück. Dies führte dazu, dass das Niveau der Abstiegsangst in den ostdeutschen Ländern Ende des Jahrzehnts sich dem in den westdeutschen Ländern stark annäherte. 2016 lag der Anteil der Verunsicherten im Osten nur noch um 13 Prozent über dem westdeutschen Wert. In Westdeutschland lag der Wert mit etwas über 30 Prozent nur knapp über dem bisher niedrigsten seit 1984 gemessenen Wert von 29,5 Prozent im Jahr 1991.

Abbildung 1: Sorge vor Verlust des Arbeitsplatzes aller Erwerbstätigen 1991-2016 (in Prozent)



Anmerkungen: Quelle: SOEP v32, 1991–2015 sowie Vorabdaten für 2016, gewichtet, eigene Berechnungen, Indikator: Sorge vor Verlust des Arbeitsplatzes. Angegeben sind Personen, die sich einige oder große Sorgen machen. Relative Häufigkeiten, 40.583 Personen (269.616 Beobachtungen), nur Erwerbstätige ohne Personen in Berufsausbildung und ohne kleine Selbständige in Handel und Gewerbe.

Zwei Gründe lassen sich für diese positive Entwicklung in den letzten 10 Jahren anführen. Der erste Grund liegt in der objektiven ökonomischen Entwicklung, wonach Erwerbsunsicherheiten nicht weiter gestiegen und teilweise sogar rückläufig sind.

- Seit 2006 ist die deutsche Wirtschaft, mit einer kurzen Unterbrechung in der Wirtschaftskrise 2009, stetig gewachsen, wenn auch zeitweise auf niedrigem Niveau. Dieses Wachstum ist auch auf dem Arbeitsmarkt angekommen.³ So hat sich die Arbeitslosigkeit seit 2005 (11 Prozent) bis 2016 (6,1 Prozent) fast halbiert.⁴
- Von 2010 bis 2016 ist die Zahl der flexiblen Beschäftigungsverhältnisse (befristete Verträge, Teilzeit, Zeitarbeit, Minijobs) in der Summe von knapp 8 Mio. auf 7,5 Mio. abgesunken. Parallel wurden mehr Vollzeitstellen geschaffen. Dies entspricht einem Rückgang des Anteils flexibler Beschäftigung von 34 auf 30 Prozent.⁵
- Seit 2011 ist der Prozess des Schrumpfens der sog. „Einkommensmittelschicht“, der Personengruppe mit mittleren Einkommen, in Deutschland zum Anhalten gekommen (Grabka et al. 2016: 396f.). Zuletzt gehörten 61 Prozent der Haushalte zur Einkommensmitte.

Kasten: Methodik der Studie

Wie haben wir Abstiegsangst gemessen?

Abstiegsangst ist kein eindeutig definierter Begriff, sondern kommt aus der Alltagssprache. Würde man Personen direkt nach der Sorge vor dem Abstieg fragen, ist es wahrscheinlich, dass die Personen unterschiedliche Vorstellungen darüber haben, was Abstieg für sie ist, was wiederum die wissenschaftliche Interpretation der Daten erschwert. Wir definieren Abstiegsangst als eine Bewegung im sozialen Raum, nämlich die der Abwärtsbewegung von einer sozialen Position, die ein Mensch in der Sozialstruktur einnimmt und die ihm den Zugriff auf bestimmte knappe Güter ermöglicht, hin zu einer weniger wertgeschätzten und mit weniger materiellen und anderen Gütern ausgestatteten Position (für Näheres siehe Lengfeld/Ordemann 2017). Abwärtsmobilität geht also mit teilweise erheblichen Einbußen einher. Hiervor, das sagt der Begriff „Angst“, fürchtet man sich. Weil allgemein wertgeschätzte Positionen in einer Erwerbsgesellschaft eng an die Erwerbstätigkeit geknüpft sind, haben Personen unter anderem dann vor sozialem Abstieg Angst, wenn sie in näherer Zukunft fürchten müssen ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Ohne Arbeit ist der gewohnte Lebensstandard nicht zu halten, soziale Kontakte gehen verloren, und viele Betroffene schämen sich, im Beruf versagt zu haben. Abstiegsangst geht daher, so unsere Annahme, zu weiten Teilen auf die Unsicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zurück. Aus diesem Grund verwenden wir als Indikator für Abstiegsangst folgende Frage, die in den Umfragen des SOEP jedes Jahr gestellt wird: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen? Nur wenn Sie erwerbstätig sind: (...) Um die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes“ (Antwortmöglichkeiten: „keine / einige / große Sorgen“).

³ Statistisches Bundesamt 2017: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Inlandsprodukt/Tabellen/BruttoinlandVierteljahresdaten_xls.html

⁴ Statistisches Bundesamt 2017: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbslosigkeit/Tabellen/_arb210.html

⁵ Statistisches Bundesamt 2017: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbsstaetigkeit/TabellenArbeitskraefteerhebung/AtypKernerwerbErwerbsformZR.html>, letzte Angaben für 2015, relative Anteile sind eigene Berechnungen

Der zweite Grund ist, dass die Erwerbstätigen möglicherweise neue Erfahrungen im Umgang mit den neuen Unsicherheiten des Arbeitsmarktes gesammelt haben. Die sozialpsychologische Forschung nennt dies „Coping“ (Lazarus/Folkman 1984; Rosenbaum/Jaffe 1983): Demnach können Erwerbstätige in der Konfrontation mit kritischen Erwerbseignissen neue Routinen entwickeln, also den Umgang mit ihnen „lernen“. Bei erstmaliger Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sammeln sie Erfahrungen bei der Anmeldung bei der Arbeitsagentur, dem Bezug von Arbeitslosengeld oder bei Qualifikationsmaßnahmen; nach einem unsicheren Beschäftigungsverhältnis (Befristung, Zeitarbeit) gelingt es ihnen, in ein sicheres Beschäftigungsverhältnis zu wechseln; aufgrund der Wahrnehmung, die Zukunft sei unsicher geworden, passen sie ihren Lebensplan an die neuen Unsicherheiten an, fahren also „auf Sicht“ (Schimank 2015).

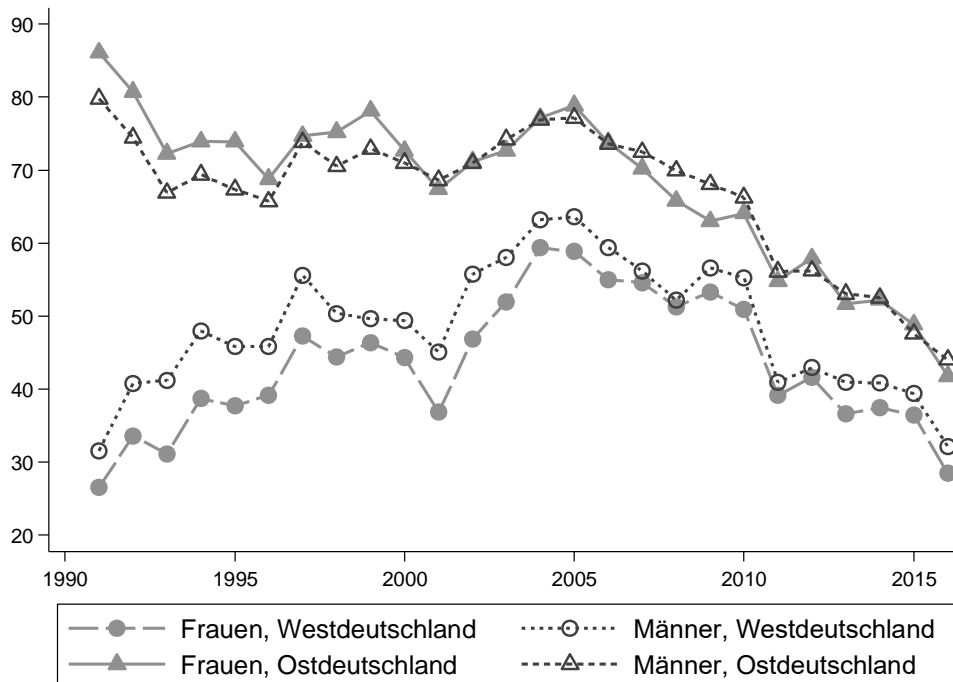
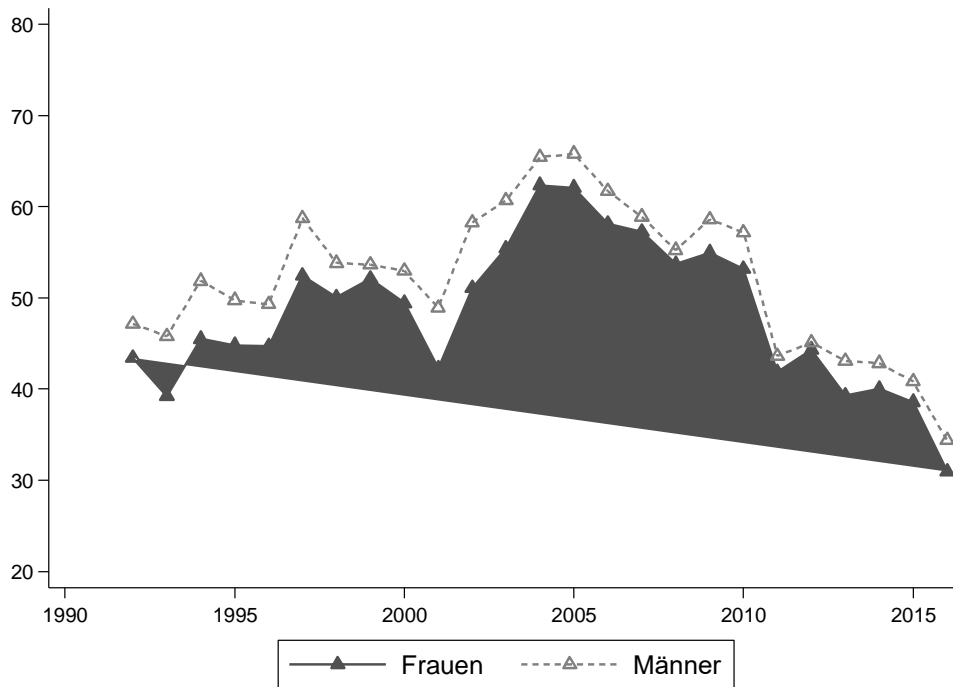
Entwicklung der Abstiegsangst von ausgewählten sozialen Gruppen

Jenseits des generellen Rückgangs der Abstiegsangst kann es aber Personen oder Gruppen mit bestimmten sozialen Merkmalen geben, deren Ausmaß an Sorgen wegen spezifischer Arbeits- und Lebensumstände einen anderen Verlauf genommen hat als es in der alle Erwerbstätigen umfassenden Betrachtung zum Ausdruck kommt. Dies bedeutet: Obwohl die Deutschen sich immer weniger vor Abstieg fürchten, können Personen mit wichtigen sozialen Merkmalen von diesem positiven Trend abweichen und von diesem also überdeckt werden. Um diese Abweichungen zu identifizieren, untersuchen wir die Abstiegsangst nach drei für moderne Gesellschaften wichtigen sozialen Merkmale: dem Geschlecht der Erwerbstätigen, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Altersgruppe und der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht.

a. Männer und Frauen

Abbildung 2 zeigt im oberen Teil die Entwicklung für Männer und Frauen für Gesamtdeutschland. Der Verlauf der Abstiegsangst beider Geschlechter war in allen Jahren weitgehend parallel: Bis 2005 nahmen die Sorgen zu, danach gingen sie zurück. Dabei berichteten Männer stets ein höheres Maß an Sorgen als Frauen (zu beachten ist, dass alle befragten Personen ausnahmslos erwerbstätig waren, es also in der Analyse keine verdeckten Effekte von Nicht-Erwerbstätigkeit geben kann). Allerdings hat sich der Unterschied zwischen den Geschlechtern über die Zeit etwas verringert; er betrug 2016 nur noch gut drei Prozent. Hinter dieser statistischen Angleichung steht jedoch ein Ost-Westeffekt. Im unteren Teil von Abbildung 2 sind die Ängste der ost- und westdeutschen Frauen und Männer detailliert aufgeführt.

Abbildung 2: Sorge vor Verlust des Arbeitsplatzes von Frauen und Männern 1991-2016 (in Prozent)



Anmerkungen: Quelle: SOEP v32, 1991–2015 sowie Vorabdaten für 2016, gewichtet, eigene Berechnungen, Indikator: Sorge vor Verlust des Arbeitsplatzes. Angegeben sind Personen, die sich einige oder große Sorgen machen. Relative Häufigkeiten, 40.583 Personen (269.616 Beobachtungen), nur Erwerbstätige ohne Personen in Berufsausbildung und ohne kleine Selbständige in Handel und Gewerbe.

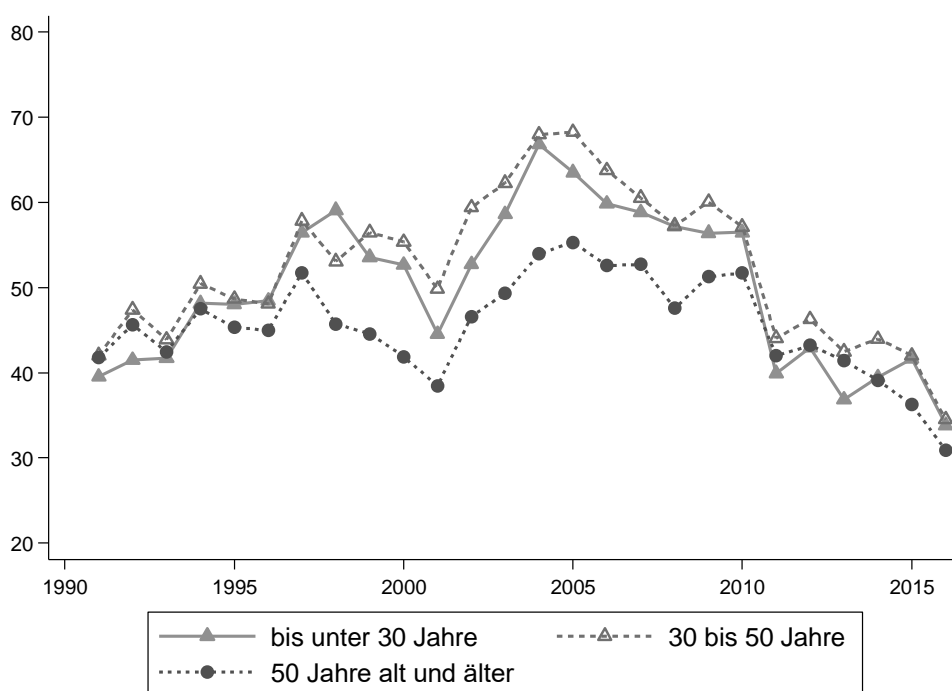
Offenbar sind sich Männer und Frauen desselben Landesteils ähnlicher als den Personen desselben Geschlechts im jeweils anderen Landesteil. D.h. die Tendenz zur Angleichung zwischen den Geschlechtern, die Abbildung 3 nahelegt, fand vorwiegend im jeweils eigenen Landesteil

eines Befragten statt. Möglicherweise kann man diesen Ost-Westunterschied auf nach wie vor bestehende Probleme auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt und möglicherweise auf immer noch wirkende kulturelle Unterschiede in den Erwartungen an Erwerbssicherheit der Bürger beider Landesteile zurückführen.

b. Altersgruppen

Die Forschung zur Arbeitsmarktflexibilisierung hat gezeigt, dass junge Arbeitnehmer, die, zumeist nach Ausbildungsende, neu in den Arbeitsmarkt eintreten oder erst seit wenigen Jahren erwerbstätig sind, häufiger flexible Beschäftigungsformen ausüben (siehe statt anderer Giesecke 2006). Hintergrund ist oftmals das Interesse der Arbeitgeber an einer Verlängerung der Probezeit, um das Leistungspotential dieser zumeist noch unerfahrenen Personen einschätzen zu können. Auch ältere Arbeitnehmer über 50 Jahre sind häufiger in flexiblen Beschäftigungsformen tätig; hier spielt die Erwartung des Arbeitgebers an das noch verbleibende Leistungspotential eine Rolle.

Abbildung 3: Sorge vor Verlust des Arbeitsplatzes nach Altersgruppen, 1991-2016 (in Prozent)



Anmerkungen: Quelle: SOEP v32, 1991–2015 sowie Vorabdaten für 2016, gewichtet, eigene Berechnungen, Indikator: Sorge vor Verlust des Arbeitsplatzes. Angegeben sind Personen, die sich einige oder große Sorgen machen. Relative Häufigkeiten, 40.583 Personen (269.616 Beobachtungen), nur Erwerbstätige ohne Personen in Berufsausbildung und ohne kleine Selbständige in Handel und Gewerbe.

Da sich diese Effekte auf die Abstiegsangst auswirken können, haben wir die Erwerbstätigen in drei Gruppen eingeteilt: die jungen Arbeitnehmer (unter 30 Lebensjahre, ohne Auszubildende, Schüler und Studenten), Arbeitnehmer der mittleren Altersgruppe (30 bis unter 50 Jahre) und die älteren Arbeitnehmer (über 50 Jahre, ohne erwerbstätige Rentenbezieher).

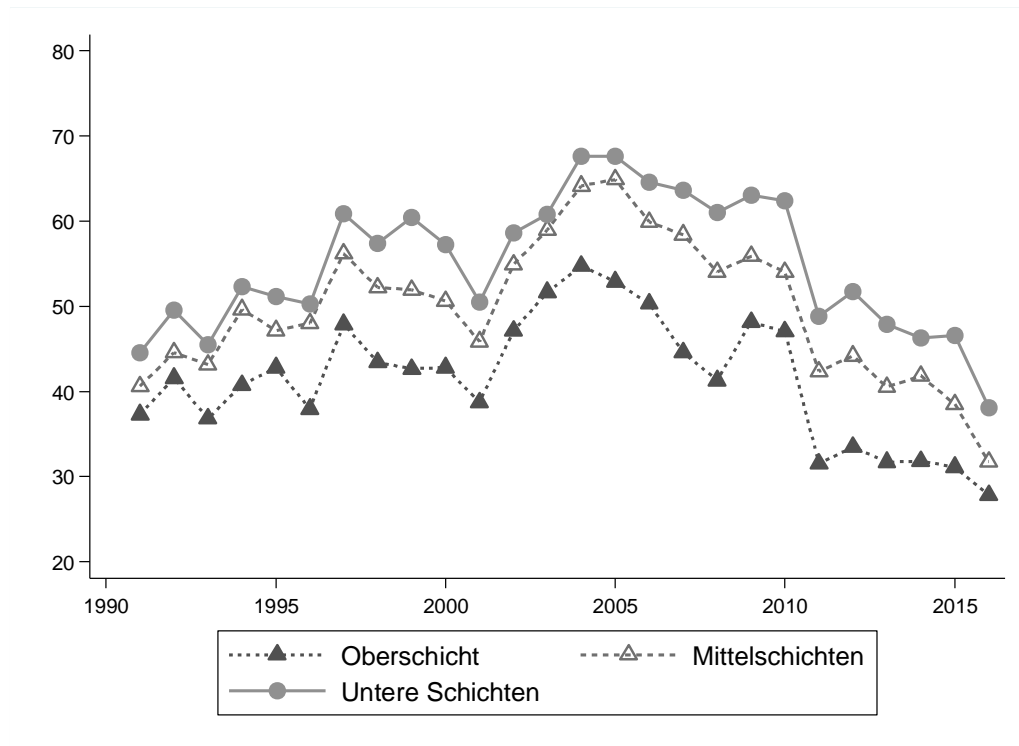
Abbildung drei zeigt, dass die Sorgen der drei Gruppen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch eng beieinanderlagen. Danach stieg der Anteil der verunsicherten Personen in der mittleren Altersgruppe stärker an als bei den Vergleichsgruppen, gefolgt von den jungen Arbeitnehmern. Die ältesten Arbeitnehmer berichteten über den gesamten Verlauf die geringsten Sorgen. Dies kann unter anderem ein Effekt der deutschen Kündigungsschutzregelungen sein, die ältere Beschäftigte wegen ihrer geringeren Wiederbeschäftigungschancen stärker schützen als jüngere. Ab Mitte der 2000er Jahre ging der Anteil der Menschen mit Abstiegssorgen in den Altersgruppen wieder zurück. 2016 liegen sie, wie zu Beginn der Beobachtungen, nur noch wenige Prozentpunkte auseinander, jedoch auf niedrigerem Niveau als nach der Wiedervereinigung. Obschon also die jüngeren Arbeitnehmer in der Phase der Berufseinmündung höhere Abstiegsrisiken zu tragen haben, sorgen sie sich nicht am meisten. Das vergleichsweise höhere Niveau der Ängste der Personen mittleren Alters kann man möglicherweise auf die besondere Familiensituation (Versorgung von Partnern und Kindern) zurückführen.

c. Soziale Schichten

Seit rund zehn Jahren debattiert die soziologische Forschung besonders über die Angst der Mittelschicht vor dem Abstieg (siehe etwa Bude 2008 sowie die Beiträge in Burzan & Berger 2010). Anlass hierfür ist die Annahme, dass eine ökonomisch und sozio-psychisch stabile Mittelschicht die demokratische Entwicklung stabilisiert und für eine hohe Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaats sorgt (Mau 2012). Allerdings zeigen zahlreiche Studien, dass nicht die Mitte, sondern die unteren Schichten sich am stärksten vor Abstieg fürchten (Burzan et al. 2010, Lengfeld/Hirschle 2009). Unsere jüngste Studie zeigte, dass im Zeitraum von Mitte der 2000er Jahre bis 2014 die Sorgen aller Schichten stark rückläufig waren, wobei die Abstiegsangst insbesondere bei der mittleren Mitte am stärksten sank (Lengfeld/Ordemann 2017). In der folgenden Analyse knüpfen wir an diese letzte Studie an. Als Indikator zur Messung von Schichtzugehö-

rigkeit verwenden wir die ausgeübte Berufstätigkeit, die wir anhand eines etablierten Erhebungsinstruments bestimmen. Diese Berufe werden zu drei Schichten zusammengefasst: Untere Schichten, Mittelschichten und Oberschicht.⁶

Abbildung 4: Sorge vor Verlust des Arbeitsplatzes nach sozialer Schichtung (in Prozent)



Anmerkungen: Quelle: SOEP v32, 1991–2015 sowie Vorabdaten für 2016, gewichtet, eigene Berechnungen, Indikator: Sorge vor Verlust des Arbeitsplatzes. Angegeben sind Personen, die sich einige oder große Sorgen machen. Relative Häufigkeiten, 35,177 Personen (259,882 Beobachtungen), nur Erwerbstätige ohne Personen in Berufsausbildung und ohne kleine Selbständige in Handel und Gewerbe.

Abbildung 4 zeigt, dass das Sorgenniveau während des kritischen Zeitraums der 1990er und frühen 2000er Jahre in allen Schichten anstieg. Dabei war der prozentuale Anstieg in den Mittelschichten stärker als in den unteren Schichten. Die unteren Schichten waren jedoch stärker von den negativen Folgen der Zunahme an Konkurrenz auf den Märkten und der Arbeitsmarktflexibilisierung betroffen als die Mittelschichten (vgl. statt anderer Bude 2008; Gebel/Giesecke 2011). Dass die Zahl der Personen, die sich sorgten, in der Mitte dennoch in den 2000er Jahren

⁶ Wir unterscheiden die *unteren Schichten* der a. an- und ungelerten Arbeiter sowie b. der Personen, die Dienstleistungen mit geringen Qualifikationsanforderungen ausüben, die häufig keine Ausbildung erfordern. Die *Mittelschichten* umfassen a. die qualifizierten Dienstleister mit Hochschulausbildung, b. die beruflich qualifizierten Dienstleister ohne Hochschulausbildung, c. die Facharbeiter, Techniker und Vorgesetzten in gewerblichen Berufen sowie d. zusätzlich die Selbständigen mit keinen oder wenigen Angestellten. Aus Vereinfachungsgründen wurden die Segmente beiden unteren Schichten der vier Mittelschichten zu jeweils einem Wert zusammengefasst. Schließlich besteht die berufliche *obere Schicht* aus hochqualifizierten Dienstleistern, in der Regel mit Hochschulausbildung und Personalführungsverantwortung (für Details siehe Lengfeld/Ordemann 2017 mit Ausnahme der Selbständigen).

überproportional zunahm, kann man mit dem „Spill Over-Effekt“ der Abstiegsangst erklären (Lengfeld/Hirschle 2009): Die Mitte beobachtet die Ausbreitung von Erwerbsrisiken wie Arbeitslosigkeit und unsicherer Beschäftigungsformen in den unteren Schichten und befürchtet, dass diese zukünftig zu ihnen überschwappen. Ihre Abstiegsangst basiert also nicht auf realen Erfahrungen von Angehörigen der gleichen Schicht, sondern baut auf der Befürchtung auf, Arbeitslosigkeit könnte sich weit in die Mitte der Gesellschaft ausbreiten.

Ab Mitte der 2000er Jahre geht das Sorgenniveau, wie bei dem generellen Trend in Gesamtdeutschland in Abb. 1) wieder zurück. Im Unterschied zu diesem Trend bleiben die Abstände zwischen den zusammengefassten Schichten am Ende des Beobachtungszeitraums bestehen, das heißt es kommt nicht zur schichtübergreifenden Angleichung, wie wir sie für Ost und West, für die Altersgruppen und mit Einschränkung für Frauen und Männer beobachtet haben. Hier bleibt es beim Befund: die Ängste der Erwerbstätigen folgen der Hierarchie der Positionen in der Sozialstruktur: je komplexer die berufliche Tätigkeit und je höher das Ausbildungsniveau, desto höher ist die Schichtposition, desto besser sind die Arbeitsmarktchancen und desto weniger Sorgen berichten die Erwerbstätigen. Dennoch sorgen sich in allen Schichten zum letzten Beobachtungszeitpunkt weniger Menschen als nach der Wiedervereinigung.⁷

d. Fazit

Die detaillierten Datenreihen haben gezeigt, dass die Abstiegsangst seit zehn Jahren im Durchschnitt aller Erwerbstätigen in Ost und West (Abb. 1) gesunken ist. Dabei waren die Sorgen bei allen wichtigen sozialen Gruppen, Frauen und Männern, Personen jüngerer, mittleren und höheren Alters und den sozialen Schichten rückläufig. Auch sind die Unterschiede zwischen den Gruppen im Zeitverlauf geringer geworden. Die Ausnahme sind hier die sozialen Schichten, zwischen denen keine Angleichung stattgefunden hat.

3. Abstiegsangst niedrig wie nie: Auswirkungen für die anstehende Bundestagswahl

In diesem Bericht haben wir die Abstiegsangst der deutschen Erwerbsbevölkerung über 25 Jahre hinweg, von der Wiedervereinigung bis 2016 anhand von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht. Der Indikator zur Messung der Abstiegsangst ist die Sorge vor Verlust des Arbeitsplatzes, der im Vergleich zu anderen Indikatoren den validesten Indikator darstellt. Die Analysen haben gezeigt:

⁷ Detaillierte Analysen für die einzelnen Schichtsegmente bestätigen diesen Befund, auch in der multivariaten Überprüfung, für den Zeitraum 1991 bis 2014 (Lengfeld/Ordemann 2017).

1. Die Abstiegsangst der Deutschen ist 2016 so gering wie letztmalig seit der Wiedervereinigung: Nur knapp ein Drittel der Deutschen sorgt sich noch vor dem Abstieg – für Westdeutschland ist dies der zweitniedrigste Wert seit Beginn der Messungen 1984.
2. Nach jahrelangem Anstieg ging die Abstiegsangst seit Mitte der 2000er Jahre kontinuierlich zurück. Besonders groß war der Rückgang nach der kurzen Rezession 2009-2010 sowie im Jahr 2016. Zu vermuten ist, dass die Deutschen sich zunehmend besser mit den neuen Unsicherheiten arrangiert haben. Psychologen nennen das „Coping“: aus Erfahrung zu lernen, psychisch unangenehme Ereignisse zu bewältigen. Hinzu kommt die gute wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere der Rückgang der Arbeitslosigkeit.
3. Kennzeichnend für die jüngste Entwicklung ist der stärkere Rückgang der Sorgen in Ostdeutschland. Dort ist zwar das Niveau der Sorgen nach wie vor höher als im Westen, aber ebenso der prozentuale Rückgang der Sorgen.
4. Unterschiede im Sorgenniveau zwischen Ost und West, zwischen Altersgruppen und zwischen Männern und Frauen (in ihren jeweiligen Landesteilen) wurde in den letzten Jahren deutlich geringer. Dies zeigt: das mentale Sicherheitsgefühl nimmt, trotz objektiv existierender Ungleichheiten, bei allen Erwerbstätigen allgemein zu. Allein die Unterschiede zwischen den Schichten bleiben weitgehend bestehen.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus diesen Befunden für den Ausgang der anstehenden Bundestagswahl? Wahlprognosen im engeren Sinne kann die Soziologie auf der Basis von sozio-ökonomischen Entwicklungen alleine nicht zuverlässig stellen. Die Gründe des Wahlverhaltens sind vielfältig, sodass einzelne Einflussfaktoren immer im Licht aller potentiellen anderen Faktoren zu betrachten sind. Von diesen Faktoren kann die empirische Forschung nur einige zuverlässig bestimmen und messen, und andere sind ihr gar nicht bekannt. Zudem kann es neue Entwicklungen bis zum Wahltag geben, die die Absichten der Wählerinnen und Wähler kurzfristig ändern können. Meine Interpretation der Befunde zur Abstiegsangst ist daher auch keine Prognose, sondern ich formuliere eine Vermutung über die Frage, ob Abstiegsangst für das Stimmverhalten der Wähler in der kommenden Wahl relevant werden kann.

Folgt man der eingangs aufgestellten demokratietheoretischen Annahme, dass die Angst vor dem Abstieg als einer der möglichen Gründe für die Bestätigung oder die Abwahl einer Regierung angesehen wird, die für die Ursachen dieser Ängste verantwortlich angesehen wird, so lässt sich aus der jüngsten Entwicklung schließen: Das 2016 historisch niedrige Niveau an Abstiegsangst deutet nicht auf eine deutliche politische Wechselstimmung hin. Der starke Rückgang der Abstiegsangst in der zweiten Hälfte der derzeitigen Legislaturperiode lässt es unwahrscheinlich erscheinen, dass Parteien, die die Begrenzung von Beschäftigungsunsicherheit und

mehr Umverteilung von oben nach unten fordern, gegenüber der CDU/CSU massiv an Stimmen hinzugewinnen würden. Zwar enthält die Analyse keine Daten über das Wahljahr 2017, da diese Daten noch nicht zur Verfügung stehen. Da die positive wirtschaftliche Entwicklung jedoch seit 2016 angehalten hat, ist zu vermuten, dass sich die Abstiegsängste der Deutschen seit 2016 nicht deutlich verstärkt haben.

Natürlich kann es andere Gründe geben, die zur Abwahl einer Regierung führen können, etwa durch die Ablösung der derzeitigen großen Koalition durch eine Koalition mehrerer kleiner Parteien z.B. unter Führung der SPD. Unsere Befunde weisen jedoch darauf hin, dass Abstiegsängste als Motive des Wahlverhaltens dafür wahrscheinlich nicht ausschlaggebend sein würden. Dies bedeutet auch, dass eine oder mehrere Parteien, die auf die wirtschaftliche Verunsicherung der Bürger als Wahlkampfthema setzen, im Vergleich zu den Wahlen 2009 und 2013 nur bei einem relativ kleinen Teil der Bevölkerung ausreichend Aufmerksamkeit für ihre Ziele erreichen würden.⁸ Anders formuliert: In Zeiten geringer Abstiegsängste werden die Bürger auf der Grundlage anderer Themen sich für eine Partei entscheiden.

Es bleibt die Frage, wieso vor diesem Hintergrund der mentalen Entspannung der deutschen Erwerbstätigen und dieses historisch niedrigen Angstniveaus laut Umfragen dennoch ca. acht Prozent der Bürger bereit sind, die Alternative für Deutschland (AfD) zu wählen?⁹ Ist die Wahl der AfD nicht zumindest für diejenigen eine Option, die sich vor Abstieg fürchten und sich sozial abgehängt fühlen? Wie jüngste Studien zeigen, scheint es keinen statistisch relevanten Zusammenhang zwischen der sozio-ökonomischen Lage der Bürger und der Bereitschaft, sich bei Bundestagswahlen für die AfD zu entscheiden, zu geben (Bergmann et al. 2016; Lengfeld 2017). Unter anderem konnte gezeigt werden, dass Personen, die sich als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung ansehen, keine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, die AfD wählen zu wollen (zuletzt Lengfeld 2017). Weitere Studien weisen darauf hin, dass die Ursachen der AfD-Wahl vorwiegend im Bereich kultureller Ängste der Bürger liegen. Hier spielt vor allem die Angst vor und die Ablehnung von Zuwanderung durch Flüchtlinge und Migranten eine Rolle, aber auch die Ablehnung der europäischen Integration und des Euro als Eingriffe in die nationale Souveränität Deutschlands (Berbuir et al. 2015; Schwarzbözl/Fatke 2016). Beide Ereignisse, die Verbesserung der sozioökonomischen Befindlichkeiten der Bevölkerung und

⁸ Möglicherweise kann die Niederlage der SPD-geführten Bundesregierung in der Wahl 2005 zumindest teilweise auf das damals hohe Maß der Abstiegsängste zurückgeführt werden und darauf, dass ein Teil der Bürger, die der SPD nahestanden, davon überzeugt waren, die damaligen Arbeitsmarktreformgesetze seien die falsche, weil die Ängste verstärkende Antwort. Dies ist und bleibt jedoch eine These, die man mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung nicht zuverlässig prüfen kann.

⁹ Angabe laut Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer August 2017, KW 32 (http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2017/August_I_2017/).

die massiven AfD-Wahlerfolge, sind daher miteinander vereinbar: sie sind verschiedene Reaktionen der Bürger auf unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungen.

Literaturverzeichnis

- Berbuir, N., M. Lewandowsky & J. Siri, 2015: The AfD and its sympathisers. Finally a right-wing populist movement in Germany? *German Politics* 24:154–178.
- Bergmann, K., M. Diermeier & J. Niehues, 2016: Parteipräferenz und Einkommen. Die AfD – eine Partei der Besserverdiener? IW-Kurzbericht 19. Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln.
- Blossfeld, H.-P., S. Buchholz, D. Hofäcker, H. Hofmeister, K. Kurz & M. Mills, 2007: Globalisierung und die Veränderung sozialer Ungleichheiten in modernen Gesellschaften. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59 (4): 667-691
- Bude, H., 2008: *Die Ausgeschlossenen*. München: Hanser.
- Burkhardt, C., M. M. Grabka, O. Groh-Samberg, Y. Lott & S. Mau, 2013: *Mittelschicht Unter Druck?* Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Burzan, N. & P. A. Berger (Hrsg.), 2010: *Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Burzan, N., S. Kohrs & I. Küsters, 2014: *Die Mitte der Gesellschaft: Sicherer als erwartet?* Weinheim: Beltz Juventa.
- Erlinghagen, M., 2010: *Langfristige Entwicklung der Beschäftigungsunsicherheit in Deutschland*. IAQ-Report 02.
- Gebel, M. & J. Giesecke, 2011: Labor Market Flexibility and Inequality: The Changing Skill Based Temporary Employment and Unemployment Risks in Europe. *Social Forces* 90(1): 1740.
- Giesecke, J., 2006: *Arbeitsmarktflexibilisierung und soziale Ungleichheit. Sozio-ökonomische Konsequenzen befristeter Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland und Großbritannien*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Grabka, M.M., J. Goebel, C. Schröder & J. Schupp, 2016: *Schrumpfender Anteil an BeziehungsInnen mittlerer Einkommen in den USA und Deutschland*. DIW Wochenbericht 18/2016.
- Kraemer, K., 2008: Prekariat – was ist das? *Arbeit* 17 (1): 77-90.
- Lazarus, R.S. & S. Folkman, 1984: *Stress, appraisal, and coping*. New York.
- Lengfeld, H., 2017: Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69(2): 209-232.
- Lengfeld, H. & J. Hirschele, 2009: Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984-2007. *Zeitschrift für Soziologie* 38: 379-398.
- Lengfeld, H. & J. Ordemann, 2017: Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984–2014. *Zeitschrift für Soziologie* 46: 167-184.
- Lengfeld, H. & T.-M. Kleiner, 2009: Flexibilisierung von Beschäftigung und soziale Ungleichheit. Eine Review des Stands der Forschung. *Arbeit* 18(1): 46-62.
- Mau, S., 2012: *Lebenschancen - Wohin driftet die Mittelschicht?* Berlin: Suhrkamp.
- Rosenbaum, M. & Y. Jaffe, 1983: Learned helplessness: The role of individual differences in learned resourcefulness. *British Journal of Social Psychology* 22: 215–225.
- Schimank, U., 2015: *Lebensplanung!? Biografische Entscheidungspraktiken irritierter Mittelschichten*. *Berliner Journal für Soziologie* 25: 7-31.

Schwarzbözl, T. & M. Fatke, 2016: Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. Politische Vierteljahresschrift 57:276–299.

Wagner, G. G., J. R. Frick, & J. Schupp, 2007: The German Socio-Economic Panel study (SOEP) -evolution, scope and enhancements. SOEPpaper 1. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin.

Autorenhinweis:

Holger Lengfeld ist Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie, insbesondere Institutionen und sozialer Wandel, an der Universität Leipzig und Research Fellow am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).